

# FREIBERUFLER-TICKER vom 16. Februar 2024

## 1. KOM äußert sich zu Wettbewerbsfähigkeit und dem Zustand des Binnenmarkts

Die Europäische Kommission [veröffentlichte](#) am 14. Februar 2024 den jährlichen Binnenmarkt- und Wettbewerbsfähigkeitsbericht. In dem Bericht werden die Wettbewerbsstärken und Herausforderungen des europäischen Binnenmarkts dargelegt, wobei die jährlichen Entwicklungen anhand von neun zentralen Wettbewerbsfähigkeitsfaktoren verfolgt werden. Dazu gehören das Funktionieren des Binnenmarkts, der Zugang zu privatem Kapital, öffentliche Investitionen und Infrastruktur, Forschung und Innovation, Energie, Kreislaufwirtschaft, Digitalisierung, Bildung und Kompetenzen sowie Handel und offene strategische Autonomie. In dem Bericht wird dabei unter anderem auf die fortlaufende Notwendigkeit hingewiesen, die Durchsetzung vereinbarter Vorschriften weiter zu verbessern und ihre Umsetzung zu vereinfachen. In diesem Zusammenhang werden auch die positiven [Impulse](#) seitens der Taskforce für die Durchsetzung der Binnenmarktvorschriften (SMET) hervorgehoben. Hierbei handelt es sich um eine institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen EU-Kommission und den Mitgliedstaaten, um ungerechtfertigte Hindernisse im Binnenmarkt zu beseitigen, wie zum Beispiel die Reduzierung von übermäßigem Verwaltungsaufwand für die Anbieter grenzüberschreitender Dienstleistungen.

## 2. Erstmals Begabtenförderung für Auszubildende

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung Ende vergangener Woche [informierte](#), starten 2024 mit Pilotprojekten bei den Begabtenförderungswerken erstmals Stipendienangebote für Auszubildende. Dabei sollen in einer mehrjährigen Pilotphase rund 1.000 Stipendien an engagierte und leistungsbereite Auszubildende vergeben werden. Bewerbungen sind vor der Ausbildung beziehungsweise in ihrem frühen Verlauf direkt bei den beteiligten Werken möglich. Der erste Bewerbungszeitraum liegt voraussichtlich im Frühsommer 2024, weitere Bewerbungsrunden sind für 2025 und 2026 geplant. Der konkrete Bewerbungszeitraum sowie die individuellen Anforderungen an die Auszubildenden variieren zwischen den Werken. Der BFB wirkte als einer von drei Gesellschaftern der Stiftung Begabtenförderung berufliche Bildung (SBB) am Prozess der Öffnung der Förderwerke für begabte Auszubildende und insbesondere beim gemeinsamen Pilotprojekt der SBB mit der Stiftung der Deutschen Wirtschaft mit.

## 3. Gesetzentwurf des Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetzes beschlossen

Das Bundeskabinett [beschloss](#) am 7. Februar 2024 den Gesetzentwurf des Berufsbildungsvalidierungs- und -digitalisierungsgesetzes (BVA DiG). Damit wird für Menschen ohne formalen Berufsabschluss erstmals ein gesetzlicher Anspruch auf Feststellung und Bescheinigung ihrer beruflichen Fertigkeiten am Maßstab eines dualen Ausbildungsberufs geschaffen. Das im BVA DiG vorgesehene neue Validierungsverfahren richtet sich an Personen, die über keinen entsprechenden formalen Berufsabschluss verfügen und dennoch mindestens das Eineinhalbfache der für einen Beruf vorgeschriebenen Ausbildungszeit in diesem Beruf gearbeitet haben. Diesen Menschen soll damit ein Weg eröffnet werden, ihre Berufserfahrung und ihre Kompetenzen sichtbar zu machen und Anschluss an das Bildungssystem zu bekommen. Bei erfolgreicher Feststellung der vollständigen Vergleichbarkeit mit einem Referenzberuf wird der direkte Zugang zum Fortbildungsbereich wie etwa dem Bachelor Professional eröffnet und die fachliche Eignung zum Ausbilder ermittelt. Zudem werden mit dem BVA DiG Digitalisierung und Entbürokratisierung in der beruflichen Bildung vorangebracht. Der BFB beteiligte sich an der

Verbändeanhörung zum BVaDiG und wird sich auch im weiteren parlamentarischen Verfahren einbringen.

#### **4. Startchancen-Programm startet zum Schuljahr 2024/25**

Wie das Bundesministerium für Bildung und Forschung Ende vergangener Woche [mitteilte](#), verständigten sich Bund und Länder auf das Startchancen-Programm. Etwa 4.000 Schulen in herausfordernder Lage und damit rund zehn Prozent aller Schülerinnen und Schüler in Deutschland sollen mit dem Startchancen-Programm gezielt unterstützt werden. Dabei liegt der Fokus des Startchancen-Programms auf der Stärkung der Basiskompetenzen Lesen, Schreiben und Rechnen und der Weiterentwicklung des Unterstützungssystems schulischer Bildung. Damit soll das Programm einen zentralen Beitrag dazu leisten, die rückläufige Kompetenzentwicklung von Schülerinnen und Schülern umzukehren und den starken Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg aufzubrechen. Weil insbesondere in den ersten Schuljahren die entscheidenden Weichen für den Bildungserfolg gestellt werden, werden etwa 60 Prozent der geförderten Schülerinnen und Schüler Grundschüler sein. Neben Grundschulen werden auch weiterführende und berufliche Schulen vom Startchancen-Programm profitieren. Nach der nun erfolgreichen Verständigung von Bund und Ländern folgen als nächstes die erforderlichen Ratifizierungsprozesse in Bund und Ländern, bevor im Frühsommer 2024 die formale Unterzeichnung durch die Kultusministerinnen und Kultusminister der Länder sowie die Bundesministerin für Bildung und Forschung erfolgen soll.

#### **5. Stand der Berufsorientierung in Deutschland**

Die Bundesregierung misst der Stärkung und Weiterentwicklung der Berufsorientierung einen hohen Stellenwert bei. Beispielsweise arbeiten in der Initiative „Abschluss und Anschluss – Bildungsketten bis zum Ausbildungsabschluss“ seit 2010 Bund, Länder und die Bundesagentur für Arbeit eng zusammen mit dem Ziel, dass jungen Menschen der Übergang von der Schule in Ausbildung und Beruf möglichst reibungslos gelingt. Zentrale Handlungsfelder sind dabei die berufliche Orientierung, die individuelle Unterstützung in der Schule, am Übergang in eine Berufsausbildung oder in ein Studium sowie während der Ausbildung. Dies geht aus der Antwort ([20/10277](#)) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage hervor, über die der Deutsche Bundestag am 13. Februar 2024 informierte.

#### **6. Ergebnisse des KfW-Nachfolgemonitorings**

Das am 12. Februar 2024 veröffentlichte „Nachfolgemonitoring Mittelstand 2023“ der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Research [zeigt](#), dass sich die Rückzugsplanungen mittelständischer Unternehmerinnen und Unternehmer in Deutschland beschleunigen. Bis zum Ende des laufenden Jahres planen rund 224.000 Inhaberinnen und Inhaber im Mittelstand ihren Rückzug und streben dabei an, das Unternehmen in die Hände einer Nachfolgerin oder eines Nachfolgers zu legen. Dies entspricht sechs Prozent aller 3,81 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland. Dabei ist es erfreulich, dass viele nachfolgesuchende Unternehmen im Nachfolgeprozess bereits weit vorangeschritten sind: 41 Prozent (92.000) von ihnen haben die Nachfolgeregelung bereits getroffen. Weitere 31 Prozent (69.000) befinden sich immerhin schon in Verhandlungen. Neben den kurzfristigen Nachfolgewünschen gibt es kleinere Zuwächse auch bei den mittel- oder längerfristigen Nachfolgesuchen. Betrachtet man den Fünfjahreszeitraum von 2023 bis Ende 2027, dann streben 626.000 der insgesamt 3,81 Millionen mittelständischen Unternehmen in Deutschland eine Nachfolge an. Selbst bei aktivem Engagement gibt es zahlreiche Hürden, an denen Nachfolgeprozesse stecken bleiben oder scheitern können. Die Unternehmen nennen hier selbst am häufigsten das Finden der geeigneten Nachfolgerin, des

geeigneten Nachfolgers (74 Prozent), Einigung auf den Kaufpreis (30 Prozent), Bürokratieaufwand (30 Prozent), rechtliche Komplexität (28 Prozent) und Finanzierungsfragen (16 Prozent).

## 7. In Ost wie West arbeiten Frauen und Männer häufig in unterschiedlichen Berufen

Auf dem deutschen Arbeitsmarkt besteht die ausgeprägte berufliche Trennung von Frauen und Männern fort – in Ost- wie in Westdeutschland. Das zeigt eine Ende vergangener Woche [veröffentlichte](#) Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung. Zwischen 2012 und 2019 ist das Ausmaß der beruflichen Geschlechtersegregation innerhalb Deutschlands nur minimal zurückgegangen, wobei im Vergleich zu Westdeutschland die Geschlechtersegregation in Ostdeutschland höher und etwas stärker zurückgegangen ist. Die Spaltung in frauen- und männerdominierte Berufsgruppen ist in West und Ost stark ausgeprägt. Deutlich mehr als die Hälfte aller beschäftigten Frauen und Männer in West und Ost arbeiteten 2012 bis 2019 in geschlechtstypischen Berufen, also in Berufen, in denen ihr eigenes Geschlecht unter den Beschäftigten zu mindestens 70 Prozent vertreten ist. Weniger als 30 Prozent arbeiten in gemischten Berufen und weniger als 15 Prozent in geschlechtsuntypischen Berufen – also Berufen, in denen der Anteil der Beschäftigten ihres eigenen Geschlechts bei maximal 30 Prozent liegt. In Ostdeutschland arbeiten mehr Männer als Frauen in geschlechtsuntypischen Berufen, in Westdeutschland verhält es sich umgekehrt.

## 8. Hass im Netz gefährdet Demokratie

Dieses Fazit ziehen die Autorinnen und Autoren der Studie „[Lauter Hass – leiser Rückzug. Wie Hass im Netz den demokratischen Diskurs bedroht](#)“. Diese wurde von Lisa Paus MdB (SPD), Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, am 13. Februar 2024 gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern des Kompetenznetzwerks gegen Hass im Netz vorgestellt. Die Studie ist die erste umfassende und bundesweite Erhebung zu Hass im Netz seit 2019. Die repräsentative Studie zeigt, dass Hass im Netz alltäglich ist und weiter zunimmt. Fast jede zweite Person in Deutschland (49 Prozent) wurde schon einmal online beleidigt. Ein Viertel (25 Prozent) der Befragten wurde mit körperlicher Gewalt und 13 Prozent mit sexualisierter Gewalt konfrontiert. Besonders häufig betroffen sind nach eigenen Angaben Personen mit sichtbarem Migrationshintergrund (30 Prozent), junge Frauen (30 Prozent) und Menschen mit homosexueller (28 Prozent) und bisexueller (36 Prozent) Orientierung. Das hat auch Einfluss auf die freie Meinungsäußerung im Netz, wie die Studie zeigt: Mehr als die Hälfte der Befragten bekennt sich aus Angst im Netz seltener zur eigenen politischen Meinung (57 Prozent), beteiligt sich seltener an Diskussionen (55 Prozent) und formuliert Beiträge bewusst vorsichtiger (53 Prozent). 82 Prozent der Befragten fürchten, dass Hass im Netz die Vielfalt im Internet gefährdet. Mehr als drei Viertel (76 Prozent) sind besorgt, dass durch Hass im Netz auch die Gewalt im Alltag zunimmt. Der Großteil (89 Prozent) stimmt zu, dass Hass im Netz in den letzten Jahren zugenommen hat.

## 9. Cybersicherheit: Markt erstmals über Zehn-Milliarden-Marke

Deutschland investiert mehr denn je in IT-Sicherheit. Im laufenden Jahr werden die Ausgaben um voraussichtlich 13,1 Prozent steigen und mit rund 10,5 Milliarden Euro erstmals über der Marke von zehn Milliarden Euro liegen. Das [teilte](#) der Digitalverband Bitkom auf Grundlage von Daten des Marktforschungsinstituts IDC am 14. Februar 2024 mit. Damit wächst der IT-Sicherheitsmarkt hierzulande stärker als im Rest Europas (plus 12,3 Prozent auf 46 Milliarden Euro) und im Rest der Welt (plus 11,4 Prozent auf 164,8 Milliarden Euro). Am stärksten steigen in diesem Jahr in Deutschland die Ausgaben für Sicherheits-Software, die um voraussichtlich 16,9 Prozent auf 5,2 Milliarden Euro zulegen. Die Ausgaben für Dienstleistungen rund um IT-Sicherheit sollen ebenfalls stark um zwölf Prozent auf 4,4 Milliarden Euro wachsen. Nahezu unverändert (plus 0,4 Prozent) werden dagegen die Investitionen in IT-Sicherheits-Hardware mit rund 939 Millionen

Euro bleiben. Auch im kommenden Jahr wird ein weiteres Wachstum der Ausgaben für Cybersicherheit erwartet. Dann soll der IT-Sicherheitsmarkt um 13,6 Prozent auf zwölf Milliarden Euro zulegen.

